

**Tariffkommissionen für die Privatangestellten**

Die im Laufe des Krieges oftmals erhobenen Klagen über den Notstand der Privatangestellten boten, wie bekannt, Veranlassung zur Abhaltung einer Enquete, die unter Zuziehung der beteiligten Kreise Ende 1917 im Abgeordnetenhaus stattfand. Hierbei ergab sich als vorherrschende Anschauung, daß es zweckmäßig wäre, das Angestelltenrecht durch Förderung aller auf den Abschluß von Kollektivverträgen gerichteten Bestrebungen fortzubilden. In Berücksichtigung dieser Stellungnahme der Interessentenkreise hat nunmehr das Ministerium für soziale Fürsorge einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der zunächst den beteiligten Körperschaften zur Begutachtung übermittelt wurde und in einem späteren Zeitpunkte der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden soll.

Der Entwurf sieht die Schaffung von Tariffkommissionen für die im Handlungsgehilfengesetze geregelten Dienstverträge, das heißt für das Dienstverhältnis aller Privatangestellten vor. Die Tariffkommissionen sollen für das Gebiet einer jeden Handels- und Gewerbekammer nach streng paritätischen Gesichtspunkten unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden zusammengesetzt werden. Innerhalb der Kommissionen können in Gebieten mit reich differenziertem kaufmännischen Leben besondere Senate für bestimmte Gruppen von Dienstverträgen gebildet werden. Die Kommissionen haben die Aufgabe, die in ihrem Geltungsbereich abgeschlossenen Kollektivverträge zu registrieren und mit der Rechtswirksamkeit zu veröffentlichen, daß alle Dienstverträge, die innerhalb des Geltungsbereiches des veröffentlichten Kollektivvertrages abgeschlossen werden, an die Bestimmungen des letzteren insofern gebunden sind, als sie für den Dienstnehmer nicht günstigere Bedingungen enthalten. Ferner hat die Kommission die Befugnis, auf Antrag einer Behörde oder Partei die ihr geeignet scheinenden Bestimmungen eines Kollektivvertrages auch auf solche Dienstverträge auszudehnen, die außerhalb des Bereiches eines geltenden Kollektivvertrages stehen.

Da die Tariffkommissionen ferner berufen sind, als freigewählte Einigungsämter in Streitfällen die Entscheidung zu treffen, Gutachten über die Auslegung von Kollektivverträgen zu erlassen und bei Verhandlungen über den Abschluß oder die Abänderung von Kollektivverträgen mitzuwirken, so ist zu hoffen, daß sich im Anschlusse an die geplante Regelung eine Besserung der Lage der Privatangestellten ergibt und sich ein Gewohnheitsrecht des Kollektivvertrages entwickelt, das die Ueberleitung des individuellen Vertragsrechtes in ein kollektives beschleunigen und die Voraussetzungen für eine weitergehende gesetzliche Ordnung des Angestelltenrechtes im Dienste des sozialen Friedens schaffen dürfte.